

1 **Beschluss der finanz- und haushaltspolitischen Sprecher der Unionsfraktionen der**
2 **Länder vom 9.4.2013 auf Usedom**

3
4 **Steuerpolitik**

5
6 Der Erfolg Deutschlands beruht auf dem Fleiß und der Tatkraft seiner Bürger. Um ihn auch
7 für die Zukunft zu bewahren, müssen nach Ansicht der haushalts- und finanzpolitischen
8 Sprecher die richtigen Leistungsanreize im Steuersystem gesetzt werden. Leistung muss
9 sich lohnen und darf nicht durch leistungsfeindliche Steuerpolitik bestraft werden. Wir
10 wenden uns gegen die rot-grünen Steuerpläne, die unter dem Deckmantel der sozialen
11 Gerechtigkeit nur massive Steuererhöhungen für alle Bevölkerungsschichten zur Folge
12 haben und Ausgabenkonsolidierung aus dem Blick verlieren. Steuererhöhungen sind
13 weder geeignet, die vielzitierte Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, noch eine
14 nachhaltige Konsolidierung der Haushalte herbeizuführen. Angesichts der historisch
15 hohen Steuereinnahmen sind sie nicht zu rechtfertigen.

16
17

18 **A. Steuerpläne von SPD und Grünen gefährden Wohlstand und Arbeitsplätze**

19

20 Die Steuerpläne von Rot-Grün treffen nicht nur die Einkommensmillionäre sondern, über
21 die damit einhergehende Verschärfung der Progression, auch die breite Mittelschicht der
22 Facharbeiter und Handwerker. Dass kleine und mittlere Einkommen nicht im Fokus der
23 SPD und ihres Kanzlerkandidaten liegen, zeigte schon ihre Blockade-Haltung bei der
24 konsequenten Abschaffung der kalten Progression durch eine Anpassung der Steuertarife.
25 Trotz der guten Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren, die auch zum
26 Inflationsausgleich beitragen sollten, werden die Arbeitnehmer aufgrund der Wirkung der
27 kalten Progression nicht nennenswert mehr Geld in der Tasche haben. Der Fiskus soll nicht
28 überproportional an den Tarifabschlüssen partizipieren.

29

30 Die Steuerquellen sprudeln wie seit langem nicht mehr. Der überwiegende Teil des
31 Einkommensteueraufkommens wird von 10 Prozent der Bevölkerung erwirtschaftet. Das
32 zeigt, dass die einkommensstarken Schichten in unserem Land ihrer Verantwortung für
33 das Gemeinwesen nachkommen. Wir wollen die besten Köpfe halten und für uns
34 gewinnen. Wie man am Beispiel Frankreichs sieht, führen überzogene Spitzensteuersätze
35 zu Standortnachteilen.

36

37

38

39

40

41

42

43

44 **B. Steueroasen austrocknen**

45

46 Steuern dienen der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und des Gemeinwohls.
47 Steueroasen konterkarieren dieses wichtige Ziel und gefährden einen ordnungsgemäßen
48 Steuervollzug zu Lasten der Gemeinschaft.

49

50 Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten sind ein wichtiger Baustein zur
51 Durchsetzung von Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Sie allein
52 reichen aber nicht aus, um flächendeckend Ausweichbewegungen zu begegnen. Vor
53 diesem Hintergrund, unterstützen die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher mit
54 Nachdruck die Initiative der Bundesregierung für weltweit besser abgestimmte
55 Steuersysteme. Nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit kann eine faire Besteuerung
56 international agierender Konzerne sichergestellt werden. Der systematische Ankauf von
57 „Steuer-CDs“ mit gestohlenen Daten ist kein tragfähiges politisches Konzept und eines
58 Rechtsstaats nicht würdig.

59 Wir erwarten von den Staaten Transparenz bei der Aufdeckung von Steuermisbrauch.
60 Staaten, die hier nicht mitziehen, müssen die Konsequenzen, etwa durch Streichung von
61 Entwicklungshilfen, tragen.

62

63 Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern mehr Steuergerechtigkeit und
64 einen konsequenten Steuervollzug. Dieser muss Aufgabe der Länder bleiben. Die
65 Schaffung einer neuen Bundesbehörde lehnen wir ab. Steuerhinterziehung ist strafbar.
66 Steuerschlupflöcher müssen durch ein einfaches transparentes und nachvollziehbares
67 Steuerrecht geschlossen und missbräuchliche Steuergestaltungen verhindert werden. Wir
68 fordern deshalb die unverzügliche Einrichtung einer Bund-Länder-Task-Force. Sie soll
69 vorhandenes Wissen bündeln und vernetzen, die Länder im Steuervollzug unterstützen
70 und damit Steuermisbrauch aufdecken helfen.

71

72

73 **C. Die Vermögensteuer schwächt Unternehmen und gefährdet Arbeitsplätze**

74

75 Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher wenden sich entschieden gegen die
76 Wiedereinführung der Vermögensteuer, denn sie schadet massiv der
77 Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Hinzu kommt, dass die Vermögensteuer
78 von Firmen unabhängig vom Umsatz und Gewinn –auch in Zeiten schwacher Konjunktur–
79 aufgebracht werden muss.

80

81 Als Substanzsteuer zerstört die Vermögensteuer zudem die Basis des erfolgreichen
82 Industriestandortes Deutschland. Unsere Industrie produziert hochwertige und weltweit
83 gefragte Waren, die es den Unternehmen ermöglichen, gut bezahlte Arbeitsplätze zu
84 schaffen und zu sichern. Technik und Maschinen dieser Produktionsstätten sind
85 entsprechend wertvoll. Hier schlägt die Vermögensteuer voll zu. Es ist geradezu
86 aberwitzig, einerseits Mindestlohn zu fordern und andererseits alles zu tun, um

87 hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze aus dem Land zu treiben, wie Rot-Grün es
88 tun.

89
90 Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in einer Modellberechnung
91 ermittelt, dass bei Einführung der Vermögensteuer die Steuerlast bei mittelgroßen
92 Unternehmen um 10 Prozent steigt. Addiert man hierzu noch die weiteren
93 Steuererhöhungspläne der SPD (Anhebung der Abgeltungssteuer, Erhöhung und
94 Vorziehen des Spitzensteuersatzes), so kommt es zu einer Mehrbelastung von rund 15
95 Prozent.

96
97 Die ständig notwendige Aktualisierung der Vermögensbewertung würde zu einem
98 unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand für Steuerpflichtige und die Finanzverwaltung
99 führen.

100
101 Die nach Vorschlägen der SPD ungleiche Behandlung von Betriebs- und Privatvermögen
102 schafft nicht nur Abgrenzungsprobleme. Diese Ungleichbesteuerung wird
103 verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen sein.

104

105

106 **Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (interkommunale Zusammenarbeit)**

107

108 Die interkommunale Zusammenarbeit hat bei gemeinsamer Aufgabenerfüllung in den
109 vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Die interkommunale
110 Zusammenarbeit ist unsere Antwort auf Forderungen nach Gebietsreformen.

111

112 Die Kommunen haben die positiven Effekte der Effizienzsteigerung und der Möglichkeit,
113 trotz demographischer Veränderungen dem Bürger und der Wirtschaft weiterhin eine
114 leistungsfähige und bezahlbare öffentliche Verwaltung zu bieten, erkannt und eine
115 Vielzahl an gemeinsamen Projekten ins Leben gerufen. Nach Ansicht der haushalts- und
116 finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen müssen diese Vorteile auch in der
117 Zukunft gewahrt bleiben.

118

119 Als Folge der geänderten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (Urteil vom 10.11.2011,
120 Az: V R 41/10, Urteil vom 01.12.2011, Az: V R 1/1) unterliegt die interkommunale
121 Zusammenarbeit grundsätzlich der Umsatzsteuerpflicht. Dies verteuert die Leistungen
122 der Kommunen, führt zu höherem Verwaltungsaufwand und hat letztlich
123 Gebührensteigerungen für die Bürger zur Folge.

124

125 Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern
126 erwarten von der Bundesregierung, auf die negativen Auswirkungen dieser Rechtslage zu
127 reagieren.

128

129 Statt eines Nichtanwendungserlasses schlagen wir vor, die grundsätzliche Steuerfreiheit
130 der interkommunalen Zusammenarbeit im Umsatzsteuergesetz (§ 4 UStG) zu verankern. In

131 der Mehrwertsteuerdurchführungsverordnung (MwSt-DVO) ist klarzustellen, dass die
132 Nichtbesteuerung der Leistungen zwischen Kommunen zu keinen nennenswerten
133 Wettbewerbsverzerrungen führt.
134